

Neue Zürcher Zeitung

und schweizerisches Handelsblatt
Täglich 3 Ausgaben

Annoncen:

Die einseitige Grundzelle 60 Rp.
Lokale Geschäftsempfehlungen 50 Rp.
Anzeigen ausländischen Ursprungs 75 Rp.
Reklamen per Zeile Fr. 2.50

Redaktion u. Expedition: Falkenstr. 11
Zürcher-Abteilung: Postfach VIII/5602
Drucker: Goeßelstr. 10, Postfach VIII/5144
Administration: Theaterstr. 3, VIII/645
Telephon: 27.100, Hauptpostfach Nr. 660 und 922

Annoncen-Abteilung: Theaterstr. 3, Postfach Nr. VIII/1264
Filiale: Bahnhofstr. 70

Abonnemente:

	1 Monat	3 Monate	6 Monate	12 Monate
Zürich bei der Administration oder Ablage	Fr. 2.50	6.80	12.50	25.—
Durch die Austräger ins Haus gebracht	3.30	8.60	16.20	31.—
Schweiz Bestellung beim Postbureau	3.30	9.—	16.50	32.—
Bezug unter Privatadresse (Streifenband)	4.—	11.50	22.50	44.—
Ausland (ausgen. Brit. Reich u. U. S. A.) Bestellung und Auskunft über Preis beim Postbureau	6.50	18.—	34.50	68.—
Bezug unter Privatadresse (Streifenband)				

Wilhelm Gustloff ermordet

Der Täter, ein jugoslawischer Student, stellt sich der Davoser Polizei

Davos, 4. Febr. ag Der nationalsozialistische Landesgruppenleiter der Schweiz, Wilhelm Gustloff, ist am Dienstag 20 Uhr in seiner Wohnung in Davos von einem Unbekannten erschossen worden. Der Täter konnte entkommen. Nähere Einzelheiten fehlen.

Davos, 4. Febr. (Privattele.) Kurz vor 20 Uhr ist der Gauleiter der N. S. D. A. P. in der Schweiz, Wilhelm Gustloff, einem politischen Attentat zum Opfer gefallen.

Der jugoslawische Staatsangehörige David Frankfurter, 26jährig, Medizinstudent aus Bern, hat sich letzten Freitagabend nach Davos begeben, um dieses Attentat auszuführen. Er hat Gustloff in dessen Wohnung erschossen. Der Täter hat sich darauf selbst der Polizei gestellt und befindet sich in Haft.

Als Motiv der Tat gibt er an, die deutsche Staatsform sei ihm verhasst; er ist sich der Tragweite seiner Handlung voll bewusst.

Die deutsche Gesandtschaft in Bern ist durch die Davoser Polizei sofort avisiert und orientiert worden.

Wilhelm Gustloff, geboren 1895 in Schwerin, lebte seit 1917 ständig in Davos, wohin er aus Gesundheitsgründen gekommen war. Er war bis vor kurzem angestellt am schweizerischen physikalisch-meteorologischen Forschungsinstitut, einer deutschen Gründung, mit der Gustloff übernommen wurde, als sie in eine Stiftung in der Schweiz umgewandelt wurde. Seit dem Februar 1932 war er Leiter der „Landesgruppe Schweiz“ der N. S. D. A. P. Seine Tätigkeit in dieser Eigenschaft veranlasste seinerzeit den Sozialisten Canova zu einer Interpellation im Nationalrat, die von Bundesrat Baumann am 26. September 1935 mit der Feststellung beantwortet wurde, daß zurzeit zur Ausweisung Gustloffs kein genügender Grund vorliege.

Der Krieg in Ostafrika

Der italienische Heeresbericht

Rom, 4. Febr. ag Marschall Badoglio telegraphiert:

Im Abschnitt Regheili haben bewaffnete Gruppen der Galla Borana, die sich uns unterworfen haben, feindliche Streitkräfte in die Flucht geschlagen. Die italienischen Flieger bombardierten gegnerische Truppenzusammenschlüsse bei Elot zwischen dem Webi Gestro und dem Webi Schebel.

Von der Ertrikräfront ist nichts Bemerkenswertes zu melden.

Die Beziehungen der Fugger zur Schweiz

Die Anfänge

L. W. Die Nachkommen jenes Hans Fugger, der im Jahre 1382 aus dem Dorfe Rangen auf dem Lechfeld nach Augsburg ging, um dort sein Brot als Barchentweber zu verdienen, waren Ende des 15. Jahrhunderts bereits die reichsten Geldfürsten der Welt, die auch für die Schweiz in steigendem Maße Bedeutung erlangten. Lange Sauntierkolonnen führten über den Gotthard, den Septimer und Lukmanier, über den Bernhardin und Splügen große Warenmassen von und nach Italien für das Augsburger Welthandelshaus, das an jedem größeren Orte der Eidgenossenschaft seine Faktoren oder zumindest Interessensvertreter hatte. Die Spezereien und Kostbarkeiten des Orients, die Gewürze und Farbstoffe des indischen Wunderlandes, ebenso die aus der Neuen Welt gewonnenen Spezialitäten der Spanier bildeten neben den Textilien Italiens und dem gefuchsten Stahl des Comascherlandes den begehrtesten Teil der Einfuhrartikel, die Erzeugnisse des deutschen Gewerbesleibes und des mittel-europäischen Bergbaues die hauptsächlichsten Gegenstände des Ausfuhrhandels; Silber und Kupfer spielten unter ihnen die Hauptrolle, Venedig und Genua, Antwerpen und Lissabon waren ihre Hauptumschlagplätze.

Der größte Teil der Warenmassen, die für die Fugger über die Schweiz gingen, war für die Märkte bestimmt, doch blieben kleinere Partien auch im Lande, insbesondere Stahl und Wolltücher aus Como. So

Das Gespenst der Einkreisung

Deutsche Gegenoffensive

Berlin, 4. Febr. (Tel. unseres O-Korr.) Der Cauchemar des coalitions, den die Londoner und Pariser Konventikel in der Wilhelmstraße und in den Berliner Redaktionen hervorgerufen haben, hat in seinem Druck noch nicht nachgelassen. Inzwischen ist auch die am Montag losgebrochene deutsche Gegenoffensive, die mit Drohungen und Forderungen operiert, um ein weiteres Stück vorgetragen worden. Heute rückt die „Frankfurter Zeitung“ in einem Artikel der Berliner Schriftleitung mit einem Katalog der deutschen Begehren zur Revision des Friedensvertrages von Versailles auf. Das Blatt erklärt, daß nach der Beseitigung der Reparationsartikel und der militärischen Beschränkungen die Zahl der verbliebenen einseitigen und deshalb von Deutschland nicht anerkannten Bestimmungen nicht mehr groß sei, daß ihnen aber prinzipiell eine große Bedeutung zukomme. Aus der Aufzählung ergibt sich dann die folgende Reihe der zu streichenden oder abzuändernden Vertragsbestimmungen:

1. Die Internationalisierung deutscher Ströme (Elbe, Oder, Niemen und Donau); 2. Memel; 3. Danzig; 4. die einseitige Regelung der entmilitarisierten Zone, die Adolf Hitler als unerhört schweren Beitrag zur Beruhigung Europas bezeichnet hat und die nur eingehalten werden kann, wenn der Locarnovertrag, in den sie eingebaut ist, nicht durch einseitige militärische Umarmungen oder auf andere Weise zerstört wird; 5. die Institution der Kolonialmandate, die nur zum Zwecke der Enteignung des deutschen überseeischen Besitzes erfunden worden sei; 6. die Verknüpfung zwischen Vertrag von Versailles und Völkerbunds-

Ausführlicher verbreitet sich die „Frankfurter Zeitung“ dann einzig über die deutschen Kolonialansprüche, deren Bedeutung für die Bewältigung des Rohstoffproblems und für die Aufrechterhaltung der deutschen Wirtschaft hervorgehoben wird. Zum Schluß bemerkt das Blatt abschließend, daß die Lösung noch in weiter Ferne liege und daß Deutschland jedenfalls nicht zu den gleichen Mitteln wie Italien greifen werde, um seine Wünsche nach Ausdehnung und Besitz durchzusetzen.

Spiel mit dem Locarnopakt

Darin, daß in ihrem Artikel viel mehr von den Kolonien als vom Verlangen nach einer Lösung der Abrüstungshypothese in der Rheinlandzone die Rede ist, stimmt die „Frankfurter Zeitung“ mit der ganzen deutschen Presse überein. Trotzdem spricht vieles dafür, daß die Aufhebung der Entmilitarisierung Westdeutschlands das nächste außenpolitische Ziel der Reichsregierung darstellt. Das mit allen möglichen Vorbehalten und Andeutungen getriebene Spiel mit dem Locarnovertrag wird immer auffälliger. Da man sich unmöglich der Illusion hingeben kann, durch eine Einschüchterung die Ratifikation des französisch-russischen Hilfsleistungspaktes zu hintertreiben, muß der Zweck des mit soviel Ausdauer durchgehaltenen Mandats anderswo liegen.

Auf welche Art man praktisch in den ungeschmälerten Besitz der Rheinlandzone gelangen

will, bleibt noch in Dunkel gehüllt. Wahrscheinlich weiß man das auch im intimsten Kreise um den Führer noch nicht. Man kann nur soviel sagen, daß ein Handstreich, der den Funken in das Pulverfaß der europäischen Politik werfen würde, aller Voraussicht nach ausgeschlossen ist. Sicher ist aber, daß man von Berlin aus eine große Betriebsamkeit an den Tag legen wird, um die Frage der Rheinlandzone ständig offen zu halten und sie mit diplomatischen Mitteln zu bearbeiten. Die gleichzeitige, mit Pojanenverstärkung verkündigte Anmeldung der Kolonialansprüche dürfte wohl kaum einem Zufall entspringen, sondern eher eine ausgeklügelte Ernüchterungsstrategie bedeuten, und zwar mit besonderer Berücksichtigung Englands, von dem man vielleicht hofft, daß es sein durch deutsche Propaganda gewecktes schlechtes kolonialpolitisches Gewissen durch Konzessionen auf dem europäischen Festland abregieren wird.

Die Besprechungen in Paris

Paris, 4. Febr. ag (Habas) König Carol von Rumänien gab am Dienstag in der rumänischen Gesandtschaft ein Dejeuner zu Ehren des Präsidenten der französischen Republik. Ministerpräsident Sarraut und die übrigen Mitglieder der Regierung sowie zahlreiche diplomatische Persönlichkeiten wohnten dem Essen bei.

Fürst Starhemberg begab sich am Dienstag in Begleitung des österreichischen Gesandten in Paris nach dem Quai d'Orsay, wo er eine Besprechung mit Außenminister Flan-din hatte.

Die Rückwirkungen auf die Donauländer

Wien, 4. Febr. (Tel. unseres wg.-Korr.) In den Donauländern beobachtet man mit großer Aufmerksamkeit, welche Änderungen der internationalen Konstellation sich aus den Londoner und Pariser Besprechungen ergeben. Man spricht in erster Linie von einer Nichtigstellung gewisser Illusionen, die sich in den letzten Monaten einbürgern konnten, aber in der Zwischenzeit die Unterlagen verloren haben.

Da damit gerechnet wird, daß der ostafrikanische Krieg bis zum Sommer nicht beendet ist, sondern unter Umständen noch ein zweites Jahr dauern dürfte, scheidet Italien als maßgebender Faktor aus, und Großbritannien gewinnt in den Donauländern täglich neuen Raum. Durch die Londoner Verhandlungen König Carols und des Prinzregenten Paul erhielt die Annäherung der Kleinen Entente an Großbritannien festere Gestalt, was außerdem durch eine offizielle Reise Hodjas nach Belgrad und Bukarest unterstrichen werden soll. Auf diese Weise ist die Kleine Entente in London und Paris für die nächste Zeit der ausschlaggebende Faktor der Donaupolitik geworden. Man verweist nicht mehr auf die Kombination Paris-Prag-Moskau, die bestenfalls als Luftkast hingewonnen werden konnte, sondern rechnet bereits mit einer ständigen Zusammenarbeit zwischen Großbritannien, Frankreich, Rußland und der Kleinen Entente. Wenn die westeuropäische Presse daher den Donaupakt in seiner alten Form als überholt bezeichnet, so wird damit nur eine Tatsache registriert, die seit einem halben Jahr bekannt ist, aber offiziell niemals zugegeben wurde. Das Rätselraten geht jetzt um die Frage, ob auf Grund der

Stärkung der antirevisionistischen Front an Stelle des Donaupaktes eine andere Formulierung der internationalen Garantien gefunden werden könnte, die über den Vertrag von Locarno hinausgehen, das neue Prinzip der Kollektivität berücksichtigen und einen Beitritt Italiens zu einem späteren Zeitpunkt erlauben würde.

Für Oesterreich scheint sich die Lage infolgedessen geändert zu haben, als der Gedanke, die legitime Agitation zugunsten einer internationalen Stärkung der Unabhängigkeit zu benützen, durch die Gegenzüge der Kleinen Entente in London und Paris vorerst zum Scheitern gebracht worden ist. Bei dieser veränderten Situation mußte Ungarn völlig in den Hintergrund treten. Der offiziöse „Pester Lloyd“ betont, Ungarn sei an den Verhandlungen weder direkt noch indirekt beteiligt, und der ungarische Außenminister Ranya habe überhaupt an keinen Besprechungen teilgenommen.

Wien, 4. Febr. ag Der ungarische Außenminister Ranya ist am Dienstag auf seiner Rückreise von London in Wien eingetroffen. Er hatte am Abend eine Besprechung mit Außenminister Berger-Waldenegg. Am Mittwoch feht er seine Reise nach Budapest fort.

Eden vor dem Unterhaus

Der Krieg in Ostafrika

London, 4. Febr. (Tel. unseres K.-Korr.) Das Parlament trat heute wieder zusammen. Im Unterhaus gab der Staatssekretär des Außern, Eden, in Beantwortung zahlreicher Anfragen eine Erklärung über die Stellungnahme der Regierung im italienisch-afrikanischen Konflikt ab. Er nahm darin wiederholt auf die Weisbücher Bezug, die das Foreign Office dem Parlament heute zur Verfügung gestellt hat. Das eine enthält eine Reihe von Dokumenten, die sich auf die Rolle des Völkerbundes und der einzelnen Staaten in dieser Angelegenheit beziehen; das zweite bringt die an den Präsidenten des Koordinationskomitees gerichteten Anschuldigungen der Regierungen von Großbritannien, Frankreich, Griechenland, der Türkei, von Jugoslawien, der Tschechoslowakei, von Rumänien und Spanien in bezug auf die Frage der gegenseitigen Hilfeleistung im Falle eines unprovokierten Angriffes von seiten des durch die Sanktionen getroffenen Staates.

Eden erinnerte das Unterhaus daran, daß der Völkerbund im vergangenen Dezember ein Dreizehnerkomitee mit der Aufgabe betraute, die Sachlage einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Dieses Komitee sei, führte er weiter aus, in seiner Sitzung vom 20. Januar in Genf zur Ueberzeugung gekommen, daß eine Aktion zur Regelung des Konfliktes mit Italien nicht tunlich sei. „Diese Entscheidung“, erklärte Eden wörtlich, „hat die Zustimmung der Regierung S. Majestät erhalten und sie billigt sie noch immer. Das Ahtzehnerkomitee hat kraft der ihm von diesem Koordinationskomitee verliehenen Autorität gehandelt; dieses wiederum ist durch Beschluß der Völkerbundsversammlung eingeseht worden.“ (Das in Beantwortung gewisser römischer, die Ungezügtheit des Vorgehens hervorhebender Kritiken.) „Das Ahtzehnerkomitee“, fuhr Eden fort, „trat am 22. Januar in Genf zusammen und eine

ten sich ziemlich lange. (Das Oberländer Holzgebiet ist für Zürich, das im oberen Sißthal nur mit Erlaubnis der Schwyzer etwelches Holz beziehen konnte, lebenswichtig geworden; die Bestrebungen, sich in der Versorgung mit diesem wichtigen Rohstoff von Schwyz und Glarus freizumachen, trugen zu den Reibereien wohl das meiste bei, die schließlich zum Alten Zürichkrieg führten.)

Vom Jahre 1495 an, in welchem sie in Zürich die päpstlichen Abgaben (Annaten) für ein Kanonikat am Großmünster einfaktieren, treten uns die Fugger in der Schweiz hauptsächlich als Bankiers der päpstlichen Kammer entgegen. Jahr für Jahr erscheinen von da an in ihren Rechnungen die in der Schweiz erhaltenen Abgaben, aber auch die viel größeren Ausgaben für Pensionen an einflußreiche Schweizer. Neben dem Haupte Fugger leisteten, im päpstlichen Auftrag, auch die Welfer und mehrere florentiner Banken solche Zahlungen. Seit 1506 figurieren auch die Zahlungen für die neuerrichtete päpstliche Schweizergarde. Ende Juni 1505 erhielt der Luzerner Peter von Hertenstein, Familiar des Papstes, Archidiacon von Sitten, Domherr zu Konstanz, Pfarrer zu Lindau usw., den Auftrag, 200 Fußkneste „pro custodia palatii nostri“ anzumachen. Zu den Werkelosten steuerten die Fugger 6000 Dukaten bei. Fünfhundert zahlten sie Peter beim Durchmarsch durch Mailand, 200 schickten sie ihm nach Acquapendente und mit 774 zahlten sie die erste Monatslohnung den Schweizern aus. Am 22. Januar 1506 rückten die 150 Schweizer durch die Porta del Popolo ein. (Vgl. A. Schulte: Die Fugger in Rom 1495-1523.) — Im Herbst 1505 hatten die Fugger auf päpstlichen Befehl vom Prior zu St. Leonhard in Basel

die „Körbe, Bücher, Kleider und alles andere“, was der (am 5. September 1505 in Viterbo) verstorbene Kardinal Perardi während seines Aufenthaltes in Deutschland als Legat zurückließ, in Empfang zu nehmen und bis auf weiteres zu behalten.

Im Jahre 1509 boten die Eidgenossen Jakob Fugger dem Reich die wertvollsten Stücke des bei Grandson erbeuteten burgundischen Schatzes zum Kaufe an. Er kam dem Wunsche entgegen und öffnete damit dem Bischof von Sitten, Matthäus Schiner, den Weg, der zur Lösung des französischen Bundesverhältnisses und am 14. März 1510 zur Ratifizierung eines fünfjährigen Bundesvertrages der Eidgenossen mit dem Papste führte. Die Eidgenossen brachten Geld.

Ueber diese von Jakob Fugger erkaufte Schätze, die von den Eidgenossen drei Jahrzehnte lang in der ganzen Welt vergebens gesucht worden sind, berichtet Johann Jakob Fugger in einer Münchner Handschrift bisher unbekannt gebliebene Einzelheiten, die wir hierher setzen, weil sie allgemein Interesse beanspruchen dürfen. — In der Beute befanden sich „silberne zelten, welche die aidgnossen vermeinten zinn zu sein; item köstliche seidene gezelt, auch der groß und dick spißig diemant, von dem in der ganzen Christenheit gesprochen ward, und der mit drehen großen rubinen und vieren der größten orientalischen perlen, allem gebraucht nach, sein artlich und künstlich geziert war.“ „Dieweil nu dieses teuer und edles kleint nit bald zu geld gemacht werden mocht, ist solches hernach dem herrn Jacob Fuggern, meinem geliebten Vetter, meines Ahnherren brudern, welcher dieser zeit an ehren und reichthumb berühmmt war, zu kaufen angeboten worden. Und weil dies edel kleint

seiner Aufgaben war, festzustellen, ob das bereits in Kraft befindliche Embargo auch auf Petroleum und seine Nebenprodukte ausgedehnt werden kann. Das Komitee beschloß die Einsetzung eines Expertenkomitees zur Durchführung der technischen Erhebungen, und man darf darauf zählen, daß dieses in nächster Frist seinen Bericht vorlegen wird. Die Durchführung der in Kraft befindlichen wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen wird in Genf aufmerksam verfolgt.

Die Hilfeleistung im Mittelmeer

Der Staatssekretär des Aeußern ging dann zum Problem der gegenseitigen Hilfeleistung unter dem Gesichtspunkt der heutigen Spannung im Mittelmeer über. Er gab unter Bezugnahme auf die im vorerwähnten Weißbuch enthaltenen Memoranden der verschiedenen Mittelmeerländer die Auffassung Ausdruck, daß der Meinungsaustausch zwischen den in Frage kommenden Staaten Ueber-einstimmung in der Interpretation des dritten Paragraphen von Art. 16 des Völkerbundsstatuts ergeben habe.

Im übrigen betonte er, daß die britische Regierung im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Verhandlungen über die Beilegung des italienisch-abessinischen Konfliktes führe.

Der 6. Februar in Paris

Paris, 4. Febr. (Tel. unseres Korr.) Der Jahrestag des 6. Februar scheint keine Gefahr für die öffentliche Ordnung in Paris zu bieten. Die Polizeipräfectur hat bis zum reglementarischen Termin, der heute abgelaufen ist, kein Gesuch zur Abhaltung von Kundgebungen erhalten. Die Eigenen scheinen auf ihren geplanten Aufmarsch verzichten zu wollen, um keinen Vorwand zur Anwendung des Gesetzes zu liefern. Die Pariser Bevölkerung hat wie letztes Jahr die Erlaubnis erhalten, auf der Place de la Concorde Blumen niederzulegen, aber nur individuell, nicht in Umzügen. In Notre Dame und einer anderen Kirche werden Trauergottesdienste abgehalten, doch wird diesmal der Ministerpräsident kaum daran teilnehmen, nachdem Flandin letztes Jahr mit Schmähdungen empfangen wurde.

Die Kundgebungen gegen Prof. Jéze

Bekanntlich fällt auf den Donnerstag auch die Vorlesung von Prof. Jéze. Der vom Rektor einberufene Universitätsrat, dem die Dekane der Fakultät und eine Reihe von Professoren angehören, hat nach einstündiger Beratung seinen Bericht an den Unterrichtsminister erstattet. Er soll auf Beibehaltung der Vorlesungen Prof. Jézes lauten, sodaß der Minister die geeigneten Ordnungsmaßnahmen treffen wird. In den Universitätskreisen und auch im Publikum wünscht man eine genaue Feststellung der Bedingungen, unter welchen Prof. Jéze seine Funktion in Genf übernehmen sollte. Prof. Jéze genießt als Rechtslehrer und Finanzwissenschaftler internationales Ansehen und ist vor einigen Jahren u. a. auch von der Universität Zürich zum Ehren doktor ernannt worden. Vorgezogen werden ihm von den nationalistischen Studentenverbänden seine Ausfälle gegen den italienischen Regierungschef, durch die er sich gegen die Interessen der französischen Politik und die einem staatlichen Lehrer ansehende Zurückhaltung verstoßen habe.

Der „Temps“ meinte, daß es sich um einen umstrittenen Fall handle, der vielleicht eine vermittelnde Lösung rechtfertige. Das „Deuvre“ andererseits wies darauf hin, daß in Zukunft fremde Regierungen ihre Rechtskonsultanten nicht mehr in Paris, sondern in Berlin, London oder Prag suchen werden. Prof. Vapardelle habe in der Angelegenheit der Kriegsschäden in einem Gutachten den Standpunkt der Schweiz vertreten, was gegen seine Eigenschaft als Rechtskonsultant der französischen Regierung einen ärgeren Verstoß gebildet hätte als die Rede von Prof. Jéze, wenn man sich auf den Standpunkt der Nationalisten stellen wollte. Man erkennt die prinzipielle Seite des Falles, der an die Unabhängigkeit der Wissenschaft rührt. Sollen die Universitätsprofessoren auf ihre internationale Rolle verzichten, weil sie vom Staat bezahlt sind, und Privatgelehrten die Konfultationen überlassen?

Paris, 4. Febr. (Tel. unseres Korr.) Die Kammer hat wie jedesmal vor Neuwahlen eine Diskussion für oder gegen die Verhältniswahl eröffnet, ohne daß man an eine

durchgreifende Aenderung des bisherigen Wahlmodus glauben kann. Wenn die Anhänger der Verhältniswahl im Palais Bourbon die Mehrheit davortragen, so wird der Senat, wo die Radikalen das Uebergewicht besitzen, wie schon mehrmals sein Veto aussprechen. Die Kommission für das allgemeine Stimmrecht beantragt Nichtzutreten auf die Verhältniswahlprojekte, die in einer Reihe von Varianten abgefaßt sind. Der Berichterstatter Jean Mistler setzte die Gründe auseinander, die für die Beibehaltung des Mehrheitsstimmens sprechen, nachdem die ungünstigen Wirkungen der Verhältniswahl auf die Demokratie in einer Reihe von europäischen Staaten zutage getreten seien.

Die radikale Fraktion hat unter dem Vorsitz Daladiéres für den Fall der Annahme des Grundgesetzes des Proporz durch die Kammermehrheit einem eventuellen Kompromiß zugestimmt welcher die Einwahl im Departement bei proportionaler Verteilung der Sitze nach dem Wahlquotienten vorsieht.

Die polnische Minderheit in Deutschland

Berlin, 3. Febr. O Die polnische Minderheit in Deutschland, von der man seit längerer Zeit nichts mehr gehört hat, tritt mit einer Eingabe an Adolf Hitler hervor, in der sie sich über die Behandlung der Nationalitätenfrage im Dritten Reich beklagt. Ueber die Beschwerdepunkte unterrichtet der folgende Brief, den wir im Wortlaut einer uns zur Verfügung gestellten Uebersetzung aus dem Polnischen wiedergeben:

„Der Oberste Rat des Bundes der Polen in Deutschland ist nach grundlegender und vielseitiger Besprechung über die Lage des polnischen Volkstums in Deutschland zu der Ueberzeugung gekommen, daß der augenblicklich bestehende Zustand geändert werden muß. Das Zusammenleben einzelner Völker im Rahmen eines Staates kann nämlich nur auf die eheliche und offene Anerkennung der gegenseitigen Rechte und Pflichten gestützt werden. Die offiziellen Erklärungen, die einen Abbruch der Germanisierungsbemühungen versprochen, wurden jedoch durch keine Aenderung der tatsächlichen Zustände erhärtert. Im Gegenteil, das Verhältnis zur polnischen Nationalität in Deutschland wird durch systematische Erschöpfung der Pflege der nationalen Eigentümlichkeiten ebenso verschärft, wie die Befriedigung der natürlichsten nationalen Rechte auf dem Gebiete der Kirche und Religion, der Bildung und Kultur sowie auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete auf ständige Schwierigkeiten stößt.“

Der Vorstand des Bundes der Polen in Deutschland hat von sich aus alles getan, um diese Angelegenheit auf dem Wege der rechtlich begründeten Interventionen bei den zuständigen Stellen in Ordnung zu bringen; der Vorstand hat ferner in sachlicher Art die öffentliche Meinung durch die polnische Presse in Deutschland ständig informiert. Da diese Aktion nicht das hinderehende Verständnis verschiedener Verwaltungsbehörden gefunden hat, erachtet es der Oberste Rat des Polenbundes in Deutschland für notwendig, Schritte zu unternehmen, um beim Reichsminister Adolf Hitler sowohl über die Lage der polnischen Minderheit in Deutschland wie auch über die laufenden dringenden Bedürfnisse persönlich vorstellig werden zu können.“

Ueber die zahlenmäßige Stärke der polnischen Minderheit in Deutschland sind die Schätzungen seit jeher stark auseinandergegangen. Der Polenbund selbst beziffert die Sprachgruppe auf 1,5 Millionen Seelen, die sich auf Niederösterreich, Westböhmen, Westpreußen, Grenzmark Posen-Westpreußen und Ostpreußen verteilen. Außerdem werden die in Berlin, in Westfalen und im Ruhrgebiet niedergelassenen Polen hinzugezählt.

Eidgenossenschaft

Freiwillig-demokratische Partei

F. D. P. Unter dem Vorsitz von Nationalrat F. L. Aegerter (Solothurn) versammelte sich am letzten Samstag in Bern der ständige Ausschuß VI für Organisation und Propaganda der Freiwillig-Demokratischen Partei der Schweiz zur Vorberatung vorwiegend interner Parteigeschäfte. Der Ausschuß nahm zu den von verschiedenen Kantonalvorständen und Mitgliedern des Parlamentes eingereichten Vorschlägen über die Revision der Parteistatuten begutachtend Stellung und bereinigte die Anträge an die schweizerische Parteileitung. Zum Zwecke der Prüfung grundsätzlicher und praktischer Vorschläge für die Aenderung des Wahlverfahrens des Nationalrates wurde ein besonderer Ausschuß bestellt. Ferner beschloß der Ausschuß VI, dem Zentralvorstand der Partei die Umgestaltung der Kommission für Organisation und Propaganda durch die Herbeiziehung von Fachleuten sowie Vertretern der Presse vorzuschlagen. Die kantonalen Sekretariate sollen, wie es früher geschehen ist, nach Bedarf zu Parteisekretären-Konferenzen ausgeschrieben werden. Auf Grund einer interessanten Aussprache

alles verhindern, uns schon bezahlt worden. — Es hat sich auch hernach aus göttlicher gnade der handel dermaßen geschickt, daß dieses kleint, welches bei sechsundsechzig Jahren, in der Abgossen von Bern handen und in einem fuggerischen Geschlecht gewesen, durch den hochloblichen und küniglichen heurat, welcher sich zwischen Philippo, Prinzen in Hispanien, des gewaltigen römischen Kayfers Caroli des Fünften sohn und fromen Maria, des zuvor genannten künig Hainrichen des Achten einzige erbtöchter begeben (1554), an den vierten sohn mit allen gnaden wiederumb kommen ist.“

In Wirklichkeit versuchte es schon Jakob Fugger der Reiche, die von den Eidgenossen erworbenen Schätze sofort an Oesterreich zu bringen. Tatsächlich begegnete wir ihnen in einem im August 1511 geschriebenen Briefe Kaiser Maximilians. Wie bekannt, sagte dieser damals, da der Papst, Julius II., so schwer erkrankt war, daß man allgemein seinen nahen Tod befürchtete den turkischen Plan, als Witwer sich das Papsttum zu verschaffen, auf seinem Haupte Krone und Tiara zu vereinigen. Um die in Rom nötigen Bestechungen vorzunehmen zu können, forderte er daher bei Fugger 300 000 Ducaten an und verpflichtete sich die angebotenen burgundischen Schätze, als getarnter Zins, für 100 000 Ducaten zu übernehmen, wiewohl sie nicht so viel wert seien. Wie Fugger auf diese Zumutung reagierte, wissen wir nicht. Julius II. genas wieder, und die burgundischen Kleinode blieben weiter in Fuggerischem Besitz.

über die Lehren, die aus den letzten Nationalratswahlen zu ziehen sind, stellte der Ausschuß Richtlinien für die politische Tätigkeit auf.

Die Geschäftsleitung der schweizerischen Partei ist auf den 15. Februar nach Bern ausbezogen, um außer den ordentlichen Frühjahrsgeschäften die Revision der Parteistatuten und die Gesamterneuerung des Zentralvorstandes und der ständigen Ausschüsse für die kommende Amtsperiode 1936 bis 1940 vorzubereiten. Ferner liegt ein Antrag der Zürcher Freiwililigen auf Schaffung eines neuen ständigen Ausschusses VIII für Außenpolitik vor. Alle ständigen Ausschüsse haben nun die Berichte über ihre Tätig-

Budgetdebatte im Zürcher Gemeinderat

49. Sitzung: Dienstag, 4. Februar, 17 Uhr.

Vorsitz: Vizepräsident R. Guber (soj.)

Der Rat setzt die Eintretensdebatte zum

Voranschlag für das Jahr 1936

fort. Dr. E. Baur (Sp.) gibt die Erklärung ab, daß seine Fraktion dem Antrag der 2. Kommissionsminderheit zustimmen werde. Der Stadtrat hat sich, so führt er aus, mit seiner Kundgebung vom Oktober 1935, daß das Krisenopfer nicht verstärkt werden soll, den Weg versperrt. Die Fraktion des Sprechenden ist der Auffassung, daß ein weiterer Lohnabbau beim städtischen Personal in vernünftigen Rahmen durchaus münchenswürdig sei. In bezug auf die Herabsetzung der Löhne und Gehälter behält er sich Anträge im Zusammenhang mit der Beratung der betreffenden Verwaltungsabteilungen vor.

Dr. Gygag (fr.) bemerkt, die Sozialdemokraten fänden sich nur mit städtischer Verlegenheit mit der heutigen Lage ab. Mehrere freiwililige Sprecher haben bereits in der letzten Sitzung in eindringlicher Weise gezeugt, wo wir eigentlich stehen. Die Steuererhöhung in der jetzigen Zeit ist eine unbillige Zumutung, die zur eigentlichen Frage des Regimes werden kann. Die Sozialdemokraten schlagen alle unsere Warnungen in den Wind, weil sie in diesem Falle auf dem Bismarckischen Standpunkt stehen: Wer die Macht hat, hat auch das Recht. Herr Peter hat auf die Haltung der Sozialdemokraten im Kantonsrat angepielt. Sie machten dort wahrhaftig keine gute Figur. Wenn aber die Sozialdemokraten im Kantonsrat für 10 Prozent Abbau gestimmt haben, warum können sie es nicht in der Stadt? Die Eintretensdebatte hat gezeigt, wie recht die Freiwililigen hatten, als sie bereits im Jahre 1931 auf die kommende Krise der städtischen Finanzen hinwiesen. Unsere Warnungen wurden nicht gehört, denn sonst wären jetzt die größeren Reserven vorhanden, die Herr Peter vermisst. Die von den Bürgerlichen geschaffene Steuerausgleichsreserve wurde vor einigen Jahren aufgehoben. Jetzt fehlen solche Ressourcen, dafür sind aber große Summen in früheren Grundstückskäufen immobilisiert. Die Stadt sollte das Gleichgewicht in größeren Einparungen und administrativen Reformen suchen. Es ist Anlaß zu fragen, ob der Stadtrat heute nicht besser täte, eine „anleihenstaktische“ Haltung zu beobachten und die Bevölkerung nicht mit neuen Steuern zu verärgern. Das Ziel der städtischen Finanzpolitik sollte sein, aus der Restriktionswirtschaft herauszukommen und den Anschluß an den schweizerischen Kapitalmarkt zu finden, nachdem die Stadt Zürich mit dem Londoner Anleihen einen „administrativen Betriebsunfall“ erlitten hat. Wir lehnen eine finanzielle Katastrophenspolitik ab, aber wir verlangen, daß die Einwände der Bürgerlichen berücksichtigt werden. Es ist einfach unhaltbar, daß in der Stadtverwaltung weiter Löhne bezahlt werden, die viel höher sind als die Einkommen der Angestellten in der Privatwirtschaft und von Technikern und Ingenieuren. Wenn der Stadtrat von Zürich den Mut nicht aufbringt, hier zum Reden zu sehen, dann werden die Dinge über ihn hinweggehen. (Beifall.)

Dr. Seiler (chr.) äußert sich zu den Postulaten der freiwililigen Fraktion. Die Christlichsozialen pflichten der ersten Forderung bei, wonach eine Revision der Amts- und Dienstverhältnisse des städtischen Personals und der Lehrer in die Wege zu leiten sei; dagegen lehnen sie eine Anpassung der Verordnungen über die obligatorische Arbeitslosenversicherung und die Krisenhilfe ab. Einverstanden ist die Fraktion des Redners mit dem dritten freiwililigen Postulat auf Revision der Subventionsverträge.

Stadtpresident Dr. Klöti muß sich versagen, auf die etwas allgemeinen Ausführungen von Dr. Gygag des näheren einzugehen; er betont aber, es sei ein Akt gesunder Gemeindepolitik gewesen, als die Kündigungen früherer Jahre im Betrage von 6 Millionen zur Schuldentilgung verwendet wurden. Der Redner bestreitet, daß die städtische Erklärung vom Oktober 1935 aus parteipolitischen Gründen erfolgt sei. Sie wurde auf Grund einer Interpellation abgegeben und der Stadtrat hatte keinen Grund, zu verschweigen, was er schon vorher zu tun willens war. Der bezügliche Beschluß des Stadtrates erfolgte übrigens einstimmig (Gört. hört.). Wenn die Sozialdemokraten „gute Wahlen“ hätten machen wollen, so wären sie mit der Erklärung schon früher, nicht erst am 23. Oktober herausgerückt. Persönlich führt der Redner aus, warum er und seine Parteigenossen grundsätzliche Gegner jeder Abbaupolitik sind. Sie schädigt die Binnenwirtschaft mehr, als sie dem Export nützt. Die Löhne der öffentlichen Körperschaften in Bund, Kanton und Gemeinde sollten vorbildlich sein; aber es gibt auch hier gewisse Grenzen, indem die Vorbildlichkeit nicht zu einer Privilegierung führen darf. Den seinerzeitigen Anspruch von Gehalt, daß die Sozialdemokraten, jederzeit, grundsätzlich, vorbehaltlos und unbedingt gegen jeden Abbau seien, hat der Redner nie gebilligt (Anruhe links). In der Wahlpropaganda hat die Sozialdemokratische Partei die Möglichkeit einer Anpassung wohl zu wenig berücksichtigt; aber auch auf der Gegenseite hat man mit der Kritik mardt („Ehr gut!“ links).

Der Stadtpresident geht sodann zur Besprechung der Minderheitsanträge über. Es ist nicht Mangel an Mut, so legt er dar, wenn der Stadtrat nicht mit weiteren Abbaumaßnahmen gekommen ist. Er will bewußt beim Abbau nicht führend sein, sondern gerne im Hintertreffen bleiben. Das Personal erklärte sich mit der Beibehaltung des Krisenopfers einverstanden. Wenn auf 1. Januar 1937 ein weiterer Abbau eintreten sollte, müßte mit den Vorarbeiten sofort begonnen werden; diese Vorarbeiten sollen unverzüglich anhand genommen werden. Unter gleichen Umständen könnte ein Abbau rückwirkend in Kraft treten. Was die Postulate der Freiwililigen anbelangt, so wäre es ausgeschlossen, eine Gesamtrevision der Anstellungsbedingungen des Personals in der verlangten Frist (1. Januar 1937) durchzuführen. Im übrigen ist die Unsicherheit der Wirtschaftslage nicht dazu angetan, solche Fragen übers Anie zu brechen. Eine Uebersprüfung der Nebenbezüge ist nicht mehr nötig, da eine bezügliche Erhebung bereits im Gange ist. Zur Steuererhöhung bemerkt der Redner, daß der Stadtrat der Auffassung sei, man werde auch bei einer Verstärkung des Krisenopfers darum nicht herumkommen.

teit im vergangenen Jahre abgeliefert. Es geht daraus hervor, daß in diesen begutachtenden Kommissionen der Partei wertvolle Vorarbeit für die Parteileitung geleistet worden ist.

Zur Beschlußfassung über die vorstehend erwähnten und andere Geschäfte werden in diesem Frühjahr der Zentralvorstand und der ordentliche Parteitag einberufen werden.

Kommission für angewandte Kunst. Bern, 4. Febr. - Der Bundesrat hat die eidgenössische Kommission für angewandte Kunst in der bisherigen Zusammensetzung für eine neue Amtsdauer befristet, außer Edmond Bille in Eiders, der durch Percival Perret, Kunstmalers in Genf, ersetzt worden ist.

Die Frage von Dr. Gygag, ob die Steuerpolitik zu einer Frage des Regimes werden solle, beantwortet der Stadtpresident mit der Gegenfrage, ob etwa für Winterthur gelte? (Heiterkeit links.) Die kleine Steuererhöhung sollte man in dieser Zeit der Arbeitslosigkeit willig auf sich nehmen; die Gefahr der Kapitalabwanderung nimmt der Redner nicht so leicht wie der Kommunist Bodenmann. Unter der Geldknappheit leiden nicht nur die roten Gemeinden, sondern auch die Kantone und der Bund. Es bleibt abzuwarten, ob die Annahme des Finanzprogramms in Bern das Vertrauen der Kapitalfreier wieder geweckt hat. Man sollte den Kredit der Stadt Zürich nicht durch übertriebene Pressenachrichten schädigen. (Beifall links.) Der Redner stellt in Abrede, daß im Voranschlag für 1936 künstliche Verschleierungen vorgenommen worden seien. In wenigen Jahren wurden 84 Millionen in den städtischen Werken investiert; es ist unrichtig, daß man zu wenig abgeschrieben hat, was der Stadtpresident mit Zahlen belegt. Er weigert sich schließlich, das Postulat zur Anpassung der Arbeitslosenversicherung einer der Leistungen der übrigen Städte in der Form eines imperativen Mandates entgegenzunehmen; dagegen kann er sich mit der Revision der Subventionsverträge befunden, zumal bereits eine Reduktion um 9,2 Prozent erfolgt ist. Wir werden mit festem Willen alles tun, um trotz der riesigen Last, welche uns die Arbeitslosigkeit auferlegt, die Finanzen in Ordnung zu halten. (Beifall und Handklatschen links.)

Nach einigen persönlichen Bemerkungen von Dr. Gygag (fr.) stellt Dr. G. Häberlin (fr.) fest, daß das zweite Postulat der Freiwililigen keinerlei imperative Form hat; wenn, wie Kopf behauptet, die Stadt Zürich nicht die höchsten Leistungen bei der Arbeitslosenversicherung aufzuweisen hat, so sollte man sich gegen eine Anpassung an andere Städte doch nicht wehren! Zur Rede des Stadtpäsidenten bemerkt der Redner, dessen Fraktion sei beim ersten Teil der Rede wie auf Nadeln gesessen und erst gegen den Schluß hin habe er sich einen etwas besseren Abgang gesichert. Warum hat der Stadtpresident den früheren sozialdemokratischen Fraktionschef Gueb nicht schon früher desavouiert, sondern seinen Anspruch erst nach drei Jahren als kleinere Entgeltung bezeichnet? (Stadtpresident Dr. Klöti: „Ich war damals nicht anwesend!“) Festzustellen ist, daß die Preise beim Export nicht nur eine kleine, sondern die ausschlaggebende Rolle spielen (Beifall rechts); festzustellen ferner, daß der Stadtpresident am 1. Januar 1937 eine Verschärfung des Krisenopfers für unabwendbar hält. Der Sekretär des Verbandes des Personals der öffentlichen Dienste, H. Jucker, täte gut daran, sich als Barbier zu etablieren, um bis dahin seine Schächel gebrüg eisenfen zu können! (Heiterkeit.) Schmidt (soj.) macht einige Bemerkungen zum EWZ, womit die Eintretensdebatte erschöpft ist.

Der Rückweisungsantrag Bodenmann (komm.) wird mit großem Mehr gegen drei Stimmen abgelehnt, und ebenfalls mit starker Mehrheit, Eintreten auf die

Detailberatung

beschlossen. Namens der Rechnungsprüfungskommission referiert zu den einzelnen Abschnitten F. Keller (fr.). Beim „Steueramt“ wird ein Antrag Dr. Seiler (chr.) zum Beschluß erhoben, die Posten Personal-, Einkommens- und Ertragssteuer bis zum Entschluß über den Steuerfuß zurückzustellen. Auf eine Anfrage von E. Bachmann (dem.), ob vom Stadtrat die Frage einer Luftschuttschleuse (Kuchen links) in Erwägung gezogen worden sei, antwortet Polizeivorstand Dr. W. Kommerger, daß eine solche Steuer nicht in die Kompetenz der Gemeinde fallen würde. Klöti (W.) beantragt beim Abschnitt „Landwirtschaft“ die Erhöhung des Postens „Flurwege“ von 5000 auf 10 000 Fr. Stadtrat Klunz teilt mit, daß der Antrag schon in der Finanzkommission abgelehnt worden sei. Der Rat beschließt mit 48 gegen 19 Stimmen, den Posten unverändert zu lassen. Im Zusammenhang mit dem „Schulamt“ findet es Dr. Baur (W.) als unangebracht, daß an der Töchterchule Schülerinnen, deren Eltern in der Stadt Zürich wohnen, kein Schulgeld bezahlen, während für die Kantonschule ein solches bezogen wird. Schulvorstand Briner führt aus, man hätte diese Frage bei der Behandlung der Verordnung über die Töchterchule aufwerfen sollen. Weiter fragt Dr. Baur (W.), ob nicht die Ausgaben für den „Erweiterten Turnunterricht“ im Betrage von 111 000 Fr. während der Zeit der Wirtschaftskrisis stillgestellt werden könnten. Schulvorstand Briner erwidert, daß dieser Unterricht in der Gemeindeordnung vorgesehen ist und der körperlichen Erleichterung der Jugend dient. In letzter Zeit wurden auf diesem Gebiet bereits 40 000 Fr. eingespart, obwohl die Einrichtung für die Stadtbilder doppelt notwendig ist, um sie von der Strafe fernzuhalten. Was heute noch im Budget steht, ist absolut notwendig.

Beim „Bauamt“ beanstandet Kägli (soj.) den Posten „Förderung des Zivilluftverkehrs“ mit 80 000 Fr. Diese Förderung liege nicht im Interesse des arbeitenden Volkes. Ein Unternehmen, an dessen Spitze „Männer der Tat“ stehen, sollte etwas weniger Subventionen beziehen und dafür seine Kunden stärker belasten. Eine Antragstellung habe der Redner infolge „Eingreifens einer höhern Gewalt“ unterlassen! (Heiterkeit.) Stadtrat Stiemann teilt mit, daß eine Reduktion des Kredits zurzeit geprüft werde; sie sei aber kaum angängig. Bodenmann (komm.) beantragt Reduktion des Kredits von 80 000 auf 50 000 Fr. Mit 62 gegen 9 Stimmen lehnte der Rat den Antrag ab. Hier werden die Verhandlungen der Gesamtbehörde abgebrochen.

Bürgerliche Abteilung

Nachtagskredite. Ohne Diskussion wird eine dritte Reihe von Nachtagskrediten für die Bürgerlichen Fonds pro 1935 nach einleitendem Referat von F. Keller (fr.) genehmigt.

Voranschlag 1936. Stillschweigend heißt der Rat die Voranschläge der bürgerlichen Güter und Stiftungen und der Wildgartenerstiftung für das Jahr 1936 (Referat Keller, fr.) gut.

Schluß: 20 Uhr.

Nächste Sitzung: Freitag, 7. Februar.